

Die SED ist der Verlierer!

Wahleinmischung der Kommunisten wurde durchschaut

Die Entscheidung ist gefallen: Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat ihr neues Parlament gewählt! Wie der einzelne auch mit dem Gesamtergebnis zufrieden sein mag, eines ist für jeden offenkundig: Die Wahleinmischung aus dem Osten hat dieses Ergebnis nicht zu beeinflussen vermocht. Die SED erweist sich nach diesem 15. September als der am härtesten getroffene und schlechteste Verlierer. Fast möchte man bedauern, daß die verbotene KPD keine eigene Liste aufstellen durfte. Die dieser Partei im politischen Entscheidungsspiel des Wählers zuge dachte Niederlage hätte auf die Kommunisten vermutlich weitaus demoralisierender als das Verbot gewirkt. Eines aber sollte aus diesem Wahlgang trotz allem nicht vergessen werden: Die Art der jüngsten Wahleinmischung aus dem Osten!

Bereits zwei Monate vor der Wahl eröffnete die SED eine großangelegte Offensive gegen die Regierungskoalition. Rund 20 große Sowjetzonen-Zeitungen brachten laufend Sonderausgaben für den Versand in die Bundesrepublik. Die SED, ihre sogenannten „Massenorganisationen“ und auch die „bürgerlichen“ Zonenparteien erhielten von ihrer Regierung Millionen-Subventionen, um Tausende von „Wahlkampf- Reisenden“ und unzählige „Beobachter-Delegationen“ nach dem Westen zu entsenden.

Zu einer Zeit, in der die Zonenbevölkerung — allen voran die Studenten und Ober schüler — von harten Ausreiseverboten betroffen wurde, mußte die Sowjetzonen-Reichsbahn Sonderzüge einsetzen, um die Wahlreisenden aus der „DDR“ pünktlich an die Grenze zu bringen.

Alle Mittel waren recht

Die SED hat keine Mittel gescheut, um führende Politiker der Bundesrepublik zu verleumden und die Wahlvorbereitung zu stören. Der schon aus der altkommunistischen Münzenberg-Gruppe als Dokumentenfälscher bekannte Sekretär des „Ausschuß für Deutsche Einheit“, Albert Norden (SED), unternahm den wiederholten Versuch, „sensationelle Enthüllungen“ in den Wahlkampf zu

schleusen. Die kurzlebigsten Sensationen waren diesen Fälschern recht. Nach dem Motto „Etwas bleibt immer hängen!“ würden kein Papier und keine Kosten gescheut.

Drei Wochen vor der Wahl erkannte die SED, daß diese Methoden nicht zum Ziele führen könnten. Selbst der im geeigneten Zeitpunkt arrangierte „Staatsbesuch“ Chruschtschows hatte sich als politischer Querschläger erwiesen. Dazu kamen nunmehr westliche Enthüllungen über die Finanzierung und Taktik der kommunistischen Wahleinmischung, die die SED zeitweilig kurz treten ließen. Etwa acht Tage vor der Wahl aber öffnete die SED noch einmal alle Schleusen der Agitation und Propaganda. Jetzt kam es ihr nicht mehr auf die Qualität und Tendenz der Dinge an, sondern nur noch auf deren Wirksamkeit, den Wahlkampf zu stören.

Haß gegen die Demokratie

Wer diese Phase kommunistischer Einmischungsversuche aufmerksam verfolgte, mußte feststellen: Die SED-Propaganda richtete sich vornehmlich gegen die bundesdeutsche Demokratie an sich! Sie richtete sich gegen jenes politische System, das dem Wähler die Möglichkeit gibt, eine Regierung nach seiner Wahl zu erhalten. Indem

sie das vermeintliche Ergebnis vorwegnahmen, erklärten die Kommunisten den in der Demokratie lebenden Bürger für unfähig und unmündig, eine solche Entscheidung zu fällen.

Der aufmerksame Beobachter mußte feststellen, daß diese zweite Propagandawelle viel mehr nach innen als in die Bundesrepublik gerichtet war. Die SED verteidigte mit diesen Argumenten ihr „Wahl“-System, das der Zonenbevölkerung angesichts der Dinge im Westen als doch sehr einseitig erscheinen mußte. So stürzte sie sich auf all die unerfreulichen und lauten Begleiterscheinungen einer solchen freien Wahl, vergrößerte und verallgemeinerte diese und gedachte auf diese Art, gleichzeitig künftige gesamtdeutsche freie Wahlen zu diskriminieren.

Wo wurde gewählt?

Die Zonenbevölkerung mag — so wenig echte Einblicke sie auch in den wirklichen westdeutschen Wahlkampf bekommen konnte — selbst entscheiden: Wo wurde gewählt? In der Sowjetzone oder in der Deutschen Bundesrepublik? Wo hatte der Wähler die Macht, seine Stimme abzugeben? Dort, wo er einen fertig ausgefüllten Zettel zusammengefaltet in die „Wahlurne“ werfen mußte, oder dort, wo er mit seiner Stimme in freier, geheimer Wahl die Regierung Deutschlands einsetzen durfte?

Wenn das stimmte, was die SED sagt, daß der westdeutsche Wähler durch Propagandaaufwand zu beeinflussen war, dann mußte er, so wie die Dinge nun einmal liegen, die Kommunisten gewählt haben. Daß er es nicht tat, dürfte die SED vor unausbleiblichen künftigen gesamtdeutschen Wahlen noch mehr Schrecken empfinden lassen.

Sieg des Vertrauens

DT. Das war ein Fehler, den wir heute eingestehen und Berichtigungen müssen, als wir nach den Bundestagswahlen von 1953 sagten, daß dieser ungewöhnliche Wahlsieg sich kaum wiederholen dürfte. Er hat sich am Sonntag nicht nur wiederholt, sondern sogar noch gesteigert. Nun sollte man an diesem Ereignis, das in der Welt starken Widerhall findet, nicht in übler Laune deuten — etwa, wie unfreundliche Stimmen aus dem Auslande schon 1953 sagten, hier zeige sich der „Herdentrieb der Deutschen zur Obrigkeit“ oder, wie Dr. Reinhold Maier es im Wahlkampf schwarz an die Wand malte, der Deutsche habe einen Hang zur Autorität oder, das alles sei mit unlauteren Mitteln der Propaganda „gemacht“. Man sollte vielmehr das wirklich Wesentliche sehen und das Wahlergebnis begreifen als die Anerkennung einer zielbewußten Regierungsführung und ihrer unbestreitbaren Leistungen. Das ist nämlich mehr der Erfolg eines Staatsmannes als der einer Partei; es ist ein Sieg des Vertrauens.

Die Beweggründe des Wählers

Wenn man den Beweggründen nachgeht, die den deutschen Wähler zu diesem Bekenntnis veranlaßt haben, so ist es zunächst die aus der Anerkennung einer Leistung kommende Überlegung, daß es besser sei, die bisherige Regierungsführung zu bestätigen, als einen ungewissen Wechsel herbeizuführen. Der deutsche Wähler, manche noch in Erinnerung an die Weimarer Zeit, ist beeindruckt von der Stabilität der deutschen Politik und von dem, was sie ermöglicht hat: von der Leistung des Wiederaufbaues, von der allgemeinen Hebung des Lebensstandards und von der Stellung, die Deutschland unter Führung Konrad Adenauers in der freien Welt wieder eingenommen hat. Dies alles möchte er bewahren und nicht durch die von einem Regierungswechsel mit Recht oder Unrecht befürchteten Experimente gefährdet sehen.

Der CDU kam ferner die wachsende Neigung der Wähler

zum Zweiparteien-System zuzugute, aus der sie mehr profitierte als die SPD. Gegen den BHE, der dieser Tendenz ganz zum Opfer fiel, wirkte offensichtlich die Tatsache, daß die materielle Situation der „Heimatvertriebenen und Entrechteten“ heute bereits in weitem Maße die Aktualität eingebüßt hat, die seinerzeit zur Gründung des Bundes führte. Andere kleinere Gruppen, erfreulicherweise gerade die rechtsradikale DRP, haben überhaupt das Interesse der Wähler verloren.

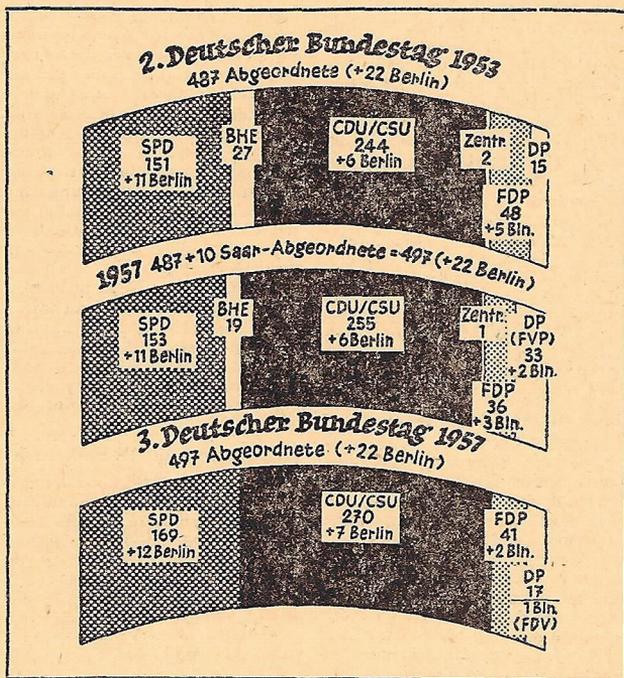
Zugunsten der CDU wirkte auch die mit der Aufforderung zur Stimmabgabe für die SPD betriebene Propaganda Moskaus und Pankows zum Sturze des Bundeskanzlers. Ferner wirkten die wenig realistischen Thesen dieser Partei zur deutschen Politik gegenüber Moskau sowie ihre unklare Stellungnahme auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Hier hatte die lebendige Wirklichkeit die stärkere Überzeugungskraft gegenüber den doktrinären Anschauungen, die noch aus der marxistischen Blütezeit der SPD stammen, und die im eigenen Interesse dieser Partei auch programmatisch

ganz anderer Korrekturen bedürfen, als sie bisher erfolgt sind.

Moskau und Pankow

Wir sind überzeugt, daß mit dem Bekenntnis einer ansehnlichen Volksmehrheit zur Politik der Bundesregierung der deutschen Wiedervereinigung ein großer Dienst erwiesen worden ist. Die Einmischung Moskaus und Pankows in den deutschen Wahlkampf hat eine Antwort erhalten, die einer schweren Niederlage gleichkommt. Ihre pädagogischen Wirkungen würden noch bedeutend gesteigert werden, wenn es im neuen Bundestag endlich gelänge, eine gemeinsame Außenpolitik zwischen Regierung und Opposition zu verwirklichen. Je eher und besser die Machthaber des Kreml nämlich begreifen, daß wir unter keinen Umständen bereit sind, auf dem Wege zur Wiedervereinigung auch die Gefahr einer kommunistischen Überfremdung des Ganzen in Kauf zu nehmen, um so eher werden verständige Lösungen möglich sein. Moskau sollte zur Kenntnis nehmen: Eine deut-

(Fortsetzung auf Seite 7)



Auf deutsche Kosten

DT. Marschall Tito, hat eine billige Methode gefunden, seinen polnischen Gästen die erhofften politischen Gastgeschenke zu machen. Polens Parteichef Gomulka fährt mit einem außenpolitischen Erfolg ersten Ranges in das heimatliche Warschau, denn mit der offiziellen Versicherung Jugoslawiens, „die bestehende Oder-Neiße-Grenze ist die definitive polnisch-deutsche Grenze“, gewann die polnische Politik zum erstmaligen die Unterstützung eines Landes außerhalb des sowjetischen Machtbereiches.

Wie nötig Gomulka und sein Regime einen solchen nationalen Erfolg vor dem eigenen Volke brauchen, ist bekannt, zumal die wirtschaftlichen Fortschritte in Polen noch lange auf sich warten lassen. Das polnische Interesse an diesem Übereinkommen mit Jugoslawien war von Anfang an klar. Weniger eindeutig sind die Motive Marschall Titos, der sich unseres Wissens zum erstmaligen in allen Fragen, nicht nur des deutsch-polnischen Verhältnisses, sondern der deutschen Situation überhaupt, die sowjetische These zu eigen machte. Bei Ulbricht und Grotewohl insbesondere wird helle Freude darüber herrschen, wenn jetzt auch der stets gefürchtete jugoslawische Rebell die Ansicht vertritt, die deutsche Wiedervereinigung ließe sich nur auf dem Wege über Pankow vollziehen. Belgrad unterhält diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik, nicht jedoch mit dem Pankower Regime. Wahrscheinlich wünscht man in der jugoslawischen Hauptstadt an diesem Zustand auch nichts zu ändern. Die wirtschaftlich für Jugoslawien ungleich wichtigere Verbindung besteht zu Westdeutschland. Die Bundesrepublik hat auch nicht gezögert, sehr umfangreiche jugoslawische Wünsche auf sogenannte Wiedergutmachungszahlungen anzuerkennen. Um so erstaunlicher ist die jetzige ausgesprochen unfreundliche Haltung der jugoslawischen Politik in einer deutschen Schicksalsfrage.

Noch im Jahre 1952 war Marschall Tito ganz anderer Ansicht. Damals meinte er, daß die von der sowjetischen Macht erzwungene Grenzziehung zwischen Polen und Russen wie

aber auch zwischen Polen und Deutschen wenig Rücksicht auf die wirklichen Interessen der beteiligten Völker genommen hätte. Jetzt ist er auf den Standpunkt Moskaus eingeschwenkt. Tito erhielt dafür offenbar die polnische Unterstützung für seine Ablehnung jeglicher Wiedererrichtung einer kommunistischen Internationale, wie sie der Krenl plant. Darauf deutet der Satz im polnisch-jugoslawischen Kommuniqué hin, daß gegenwärtig nur zweiseitige Beziehungen zwischen den kommunistischen Ländern zweckmäßig seien.

Tito hat das jugoslawische Verhältnis zur Bundesrepublik einer äußersten Belastungsprobe ausgesetzt, an der die schon in der Vorwoche von Bonn eingeleitete diplomatische Warnung nichts mehr zu ändern vermochte. Vielleicht wäre diese Bonner Aktion erfolgreicher verlaufen, wenn man sie diplomatischer — und das heißt ja

Grenzgänger als Faustpfand

SED-Schmidt: „Nur direkte Verhandlungen“

Berlin (DPA). Der stellvertretende Osterliner Verwaltungschef Waldemar Schmidt (SED) hat den Verzicht Pankows auf einseitige Maßnahmen gegen Grenzgänger von direkten Verhandlungen zwischen dem Westberliner Senat und dem Osterliner Magistrat abhängig gemacht. In einer Stellungnahme zu dem Brief der westlichen Kommandanten an den sowjetischen Stadtkommandanten in der Grenzgängerfrage erklärte Schmidt, es gebe nur die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Senat und Magistrat. „Erst wenn diese Möglichkeit vom Senat ausgenutzt bleibt, werden einseitige Maßnahmen nicht zu vermeiden sein.“ Den westlichen Stadtkommandanten sprach Schmidt das Recht ab, sich in diese „rein deutsche Angelegenheit“ einzumischen. Ihr Brief, so sagte Schmidt, sei für die Ostberliner Entscheidungen „politisch bedeutungslos“.

Der stellvertretende Osterliner Verwaltungschef richtete ferner heftige Angriffe gegen „unmenschliche Maßnahmen des Schöneberger Senats“. Willkürlich, so sagte er, seien Zehntau-

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II
Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

wohl immer noch lautloser — und ohne öffentliche Wahlkampf-Begleitmusik veranstaltet hätte. Diktatoren sind in solchen Fällen besonders empfindlich. Das Ergebnis des polnischen Besuchs in Belgrad ist jedenfalls für die deutsche Politik bitter genug. Es geschah auf unsere Kosten.

sende in Westberlin wohnende Grenzgänger vom Lohnmehrausgeschlossen und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt worden. Auch Westberlinern mit „aufrechter demokratischer Gesinnung“ entziehe der Senat Renten und Unterstützungen.

Zu den Erklärungen Schmidts stellte ein Sprecher des Senats fest, auch dieser neue „Erpressungsversuch“ werde erfolglos sein. Der Senat werde sich nicht dazu zwingen lassen, den Ostmagistrat politisch anzuerkennen.

Friedensvertrag entscheidet

London (DPA). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, die britische Regierung sei nach wie vor der Ansicht, daß die östlichen Grenzen Deutschlands endgültig erst im Rahmen eines Friedensvertrages festgelegt werden können. Für London gelte noch immer das Potsdamer Abkommen, nach dem die Wiedervereinigung Deutschlands und die endgültige Festsetzung der Grenzen unter die gemeinsame Verantwortlichkeit der vier ehemaligen Besatzungsmächte falle.

60 Nationen verurteilen Moskau

Ungarn-Resolution mit großer Mehrheit angenommen

New York (AP/DPA). Nach einer dramatischen Sitzung hat die UN-Vollversammlung die Sowjetunion und das Kadar-Regime wegen der blutigen Unterdrückung des ungarischen Aufstandes verurteilt. Mit 60 gegen 10 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen nahm die Vollversammlung die von 37 Staaten vorgelegte Resolution an, in der die Sowjetunion und die ungarische Regierung aufgefordert werden, die Unterdrückung der ungarischen Bevölkerung zu beenden.

Gleichzeitig beauftragte die Vollversammlung ihren Vorsitzenden, den thailändischen Prinzen Wan, mit geeigneten Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Sowjetunion die vorhergehenden Ungarn-Resolutionen einschließlich der Forderung auf Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn beachtet.

Zuvor hatte die Vollversammlung zwei burmesische Abänderungsanträge abgelehnt, in denen gefordert wurde, den Ausdruck „verurteilen“ in der Resolution durch „bedauern“ zu ersetzen und auf die Ernennung eines Sondervertreters zu verzichten. Die Delegierten Ceylons und Indonesiens unterstützten diese Vorschläge mit dem Hinweis, daß die Annahme der unveränderten Resolution zu einer Verschärfung des kalten Krieges führen müsse.

Die von den USA in Zusammenarbeit mit 36 anderen Nationen ausgearbeitete Resolution wurde dann unverändert angenommen. Gegen die Entscheidung stimmten Jugosla-

wien und die Ostblockstaaten Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Ukraine und Weißrußland. Der Stimme enthielten sich Finnland und von den Ländern des afrikanisch-asiatischen Blocks Afghanistan, Ägypten, Ceylon, Indien, Indonesien, Jemen, Nepal, Saudi-Arabien und Syrien. Südafrika nahm an der Abstimmung nicht teil.

Wunderwerke am Funkturm

Starker Besucherstrom zur Industrie-Ausstellung

Berlin (Eigenbericht). Die bisher größte internationale Schau auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens ist auf dem Berliner Ausstellungsgelände am Funkturm von Staatssekretär Westrick eröffnet worden. Die Ehrengäste, unter ihnen der finnische Handelsminister Professor Kaitila und zahlreiche Ausländer, erklärten nach dem dreistündigen Rundgang, daß sie eine solche Fülle von Schau-

Er wählte die Freiheit

Mannheim (AP). Das Asylgesuch eines Teilnehmers der sorgfältig ausgewählten 19köpfigen sowjetischen Touristengruppe, die zur Zeit die Bundesrepublik bereist, hat in der Bonner sowjetischen Botschaft große Bestürzung ausgelöst. Ein sowjetischer Diplomat fuhr sofort nach Mannheim, um sich in den Fall einzuschalten. Der sowjetische Geologe, der sich von der Touristengruppe abgesondert und wenig später bei der Mannheimer Polizei um Aufnahme als politischer Flüchtling gebeten hatte, ist dem Namen nach bisher nicht bekannt. Er bat darum, seine Identität aus Sicherheitsgründen vorläufig zu verschweigen. Die deutsche Kriminalpolizei überprüft zur Zeit noch den Antrag des Asylsuchenden.

objekten aus der Bauindustrie in dieser modernen Form noch nirgends gesehen hätten. Der Leistungsquerschnitt der deutschen und ausländischen Firmen sei ein imponierender Blick in die Städte der Zukunft.

Da kann man sehen, wie in anderen Kontinenten ein Einfamilienhaus in weniger als 43 Stunden aus dem Boden wächst und sogar wohnfertig eingerichtet auf den Einzug wartet. Da gibt es Garagen, die man über Ultraschallwellen mit dem Druck auf eine Hupe wie mit Zauberhand schon weit vor der Einfahrt ferngesteuert öffnen kann, und da gibt es viele kleine und große Wunder aus dem Bereich des Handwirklichen, das immer noch einen goldenen Boden hat, aber längst mit einem Riesensprung hypermodern in seinen Maschinen, Werkzeugen und Materialien geworden ist.

Bereits kurze Zeit nach der offiziellen Eröffnung am Sonnabend strömten Hunderte von Besuchern, die vor den Kassen gewartet hatten, in die Hallen, darunter auffallend viel aus dem Ostsektor und aus der Zone, wie man überhaupt mit einem ausgesprochen starken Ostbesuch rechnet.

Bei Lebzeiten zu veränderlich

Funktionärs-Name darf erst nach dem Tode „verewigt“ werden

Moskau (AP/DPA). Alle Städte und Gebiete in der Sowjetunion sowie Kollektivfarmen, Siedlungen und Industriewerke, die nach lebenden Persönlichkeiten benannt worden sind, sollen nach einem Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets umbenannt werden. In Zukunft sollen Namen hervorragender Politiker, Wissenschaftler und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nur noch nach ihrem Tode und nur in Ausnahmefällen „auf Antrag der Werktätigen“ an Städte verliehen werden dürfen.

Zu welchen Auswüchsen es bei den Namensverleihungen zu

Lebzeiten Stalins kam, zeigt das Beispiel Molotows. Seinen Namen führen die ehemalige Provinz Perm, drei Großstädte und an die drei Dutzend andere Ortschaften, außerdem Hunderte von Straßen. Es gibt außerdem eine Molotow-Bucht, einen Molotow-Berggipfel, eine Molotow-Kunstgalerie, eine Molotow-Universität, zwei medizinische Institute, zahllose Kolchosen, Fabriken und Bergwerke, die nach ihm benannt sind. Außerdem gibt es ein Molotow-Kaninchen — das Produkt neuer Zuchtversuche. Es soll fünf Kilogramm wiegen und ein ausgezeichnetes Fell liefern. (Karikatur siehe Seite 7.)

So sind sie wirklich:

„Haben wir zu sehr auf die Pauke gehauen?“

Zum ersten Male fiel in der bundesdeutschen Presse der Name eines Mannes, der seit langem nur noch im Untergrund existiert: Max Spangenberg. Dieser Spangenberg wurde darin als „die mysteriöseste Figur des kommunistischen Westapparates“ erwähnt und für die illegale Wahlmischung der SED verantwortlich gemacht. Über die Herkunft jener „mysteriösen Figur“ aber gab es so widersprechende Angaben, daß es sich lohnt, etwas näher in die Archive des kommunistischen Untergrunds zu steigen.

Schon in Spanien anonym

Der heute 54jährige kommt aus der alten Berliner KPD, in der er bereits 1930 dem Zentralkomitee für „Sonderaufgaben“ unterstand. Allerdings ist sein Name in keiner der wenig rühmlichen Affären dieses Apparates erwähnt. Angeblich soll sein Auftrag in der „Verbindung mit sozialdemokratischen Oppositionsgruppen“ bestanden haben.

1933 verschwand Spangenberg nach kurzer Illegalität in die dänische Emigration, reiste dann über Prag nach Paris und tauchte plötzlich als Politikkommissar im Spanienkrieg wieder auf. Zwischenzeitlich soll er in der Sowjetunion gewesen sein. Die Tatsache, daß er als Kommissar zum Stab der „sowjetischen“ Berater in Barcelona gehörte, sprach dafür.

Merkwürdig blieb, daß er später weder ins französische Exil ging noch irgendwo auf den Flüchtlingsschiffen gesichtet wurde. Auch erwähnt kein einziger Bericht aus dem Spanienkrieg die Existenz dieses Mannes, der immerhin eine wichtige Funktion bekleidete. So befehligte er die Kommandos der „Inneren Sicherheit“ in Madrid, die gemeinsam mit sowjetischen NKWD-Offizieren unter den Anarchisten und den POUM-Trotzkisten sinnlose Erschießungen veranstalteten.

M. SPANGENBERG



Erst 1941 wird der Name Spangenberg im Zusammenhang mit der Sprengung eines dänischen Transportschiffes bekannt. Man vermutet, daß der unter so seitensamen Umständen verschwundene Spanienkommissar jetzt als Emissionär des NKWD-Terroristen Wollweber in Dänemark fungiert. Tatsächlich lebte Spangenberg jahrelang als Illegaler und Partisan unter dem Namen seiner dänischen Lebensgefährtin in dem von deutschen Truppen besetzten Land. Als die Gestapo diese Frau verhaftete und in ein KZ brachte, flüchtete Spangenberg nach Schweden.

1945 tauchte Spangenberg als „Journalist“ in Ostberlin auf und wurde bald darauf Leiter der Ostzonen-Redaktion des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“. Im Frühjahr 1949 geriet er nach der ersten „Säuberung“ dieser Zeitung, der auch Chefredakteur Lex Ende zum Opfer fiel, in Streit mit dem späteren SED-Staatssekretär Otto Winzer, der gemeinsam mit Rudolf Herrnstadt die neue Chefredaktion übernahm.

Sowjets wollten „Westarbeit“

In dieser Phase, als es für Spangenberg um Kopf und Kragen ging, zeigte der harmlose

„Journalist“ seine andere Macht: Auf sowjetischen Befehl übernahm er von einem Tag auf den anderen die Chefredaktion der „gesamtdeutsch“ orientierten Zeitung „Deutschlands Stimme“, die fortan zu einer Zentrale geheimer Westverbindungen wurde.

Erst jetzt merkten seine Kollegen, daß Spangenberg jahrelang ein illegales Netz von „Westagenten“ geleitet hatte, das er nun durch als Redaktionsmitglieder getarnte Verbindungsleute der SED-Westkommission verstärkte. Bis 1951 verstand Spangenberg seine Tätigkeit journalistisch zu tarnen. Dann ging er „auf Reisen“. Während seine Mitarbeiter eines der größten kommunistischen Agentennetze in Westberlin aufbauten, andere zum Schein mit westlichen Geheimdiensten Kontakt aufnehmen, um später plangerecht zu „flüchten“, knüpfte der Chef selbst jene Verbindungen, die heute das Kapital der SED-„Westarbeit“ bilden.

Der große Katzenjammer

Wiederum als „Journalist“ leitete Spangenberg von der SED-Zentrale aus die Einschleusung kommunistischer Agenten in den westdeutschen Wahlkampf. Seine Leute operierten dabei mit allen verfügbaren Methoden. Sie prophezeiten Krieg und Atomraketen, wenn es ihnen angebracht schien, und scheuten vor keiner Panikmache zurück.

Nun, wo das alles vorbei und umsonst gewesen ist, beschleicht ihn und seine Mitarbeiter der Katzenjammer. „Haben wir zu sehr auf die Pauke gehauen?“ fragte er kürzlich einen Hamburger KP-Mann. Es scheint, er hat. Und er wird noch mehr Mühe haben, jetzt, nach der Niederlage, die Geister der Angst zu bannen, ehe sie sich nach vergeblicher Westfahrt im Osten niederlassen!

Sowjetzone ohne Gewerkschaften

Der FDGB bekommt neue Aufgaben zugeteilt

Die Geschichte kommunistischer Gewerkschaften ist seit jeher nicht ruhmvoll gewesen. Wo sie in Freiheit auftraten, fielen sie den echten Gewerkschaften in den Rücken. Wo sie in Staaten mit kommunistischen Regierungen gebildet wurden, hörten sie auf, Gewerkschaften zu sein. Da die Stalinisten auf dem Standpunkt stehen, mit der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ hörten auch die sozialen Kämpfe auf, haben derartige Organisationen im „Sozialismus“ nur noch imaginäre Bedeutung. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, dürfte die in der vergangenen Woche abgeschlossene 28. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes von einigem Interesse sein.

Auf dieser Veranstaltung leugnete FDGB-Chef Warnke die Tatsache, daß es in der Sowjetzone soziale Spannungen und Kämpfe gäbe. Entgegen den düsteren Berichten provinzieller FDGB-Sekretäre, die erstmals offen von Widerstandskämpfen der Gewerkschaftsmitglieder im Bergbau und vom steigenden Niedergang der Arbeitsmoral in verschiedenen Industriezweigen sprachen, vertrat Warnke die Meinung, der FDGB müsse sich mehr den „politischen Tagesaufgaben“ als der Gewerkschaftsarbeit widmen.

90 Prozent?

Warnke sprach von „revisionistischen Tendenzen“ unter den alten Gewerkschaftsfunktionären, die „nicht begriffen haben, daß es bei uns keine Ausbeutung mehr geben kann“. Er bezeichnete als Hauptaufgabe des FDGB den Kampf um die Erfüllung der Produktionspläne. Die Losung „Erst mehr essen, dann mehr arbeiten!“ sei vom Westen an die Sowjetzonenarbeiter herangetragen worden. Aufgabe des FDGB sei es, den Massen nunmehr zu erklären: „Erst mehr arbeiten, dann mehr essen!“

Nach Behauptung Warnkes befinden sich heute 90 Prozent aller sowjetzonalen Arbeitnehmer im FDGB. Er leitete aus dieser Zahl das Recht ab, über die Köpfe „jener kleinen Minderheit“ hinweg Entscheidungen zu treffen, die das Ende jeder Gewerkschaftsarbeit in Mitteleuropa bedeuten. Nun ist diese Zahl von 90 Prozent rein fiktiv. Sie stützt sich auf die Tatsache, daß in „volkseigenen“ Betrieben, Verwaltungen und Unternehmungen die Zugehörigkeit zum FDGB Voraussetzung ist. Während in der Privatindustrie — also dort, wo eigentlich der gewerkschaftliche

Kampf stattfinden müßte — keine 20 Prozent der Arbeitnehmer FDGB-Mitglieder sind, zählt die Masse der in den VEB arbeitenden Menschen seit Jahren unwillig Zwangsbeiträge für eine Organisation, mit der sie sonst nichts, aber auch gar nichts verbindet.

40 Prozent zahlen nicht!

Aber — zahlen wirklich alle diese Menschen ihre Beiträge an die kommunistischen Staatsgewerkschaften? Auf einer FDGB - Funktionärskonferenz vom Juli 1957 erklärten mehrere Vertreter sowjetzonaler FDGB - Bezirksvorstände, daß die Beitragskassierung gegenwärtig bei etwa 60 Prozent liegt! Das heißt: 40 Prozent der Zwangsmitglieder denken nicht daran, sich mit den Zielen und der Tätigkeit des FDGB zu identifizieren!

Wer aber würde darüber hinaus die schweren Auseinander-

„Ideologische Massenarbeit“

Jetzt aber hat Warnke einen umfassenden Reorganisationsplan für den FDGB vorgelegt. Danach werden sich die SED-Gewerkschaften nur noch zwei Zielen widmen:

- Der ideologischen Massenarbeit, und
- der Verantwortlichkeit für die Erfüllung der jeweiligen Planziele.

Das heißt: Nicht nur der SED-Funktionär wird künftig hinter dem Arbeiter an der Maschine stehen, um ihm das nötige „Bewußtsein“ einzufußeln, auch die zur Zeit leise tretenden FDGB-Leitungen werden aktive Propagandaarbeit betreiben. Sie, die bisher als betriebliche Parasiten „ökonomische

SSD, herhören!

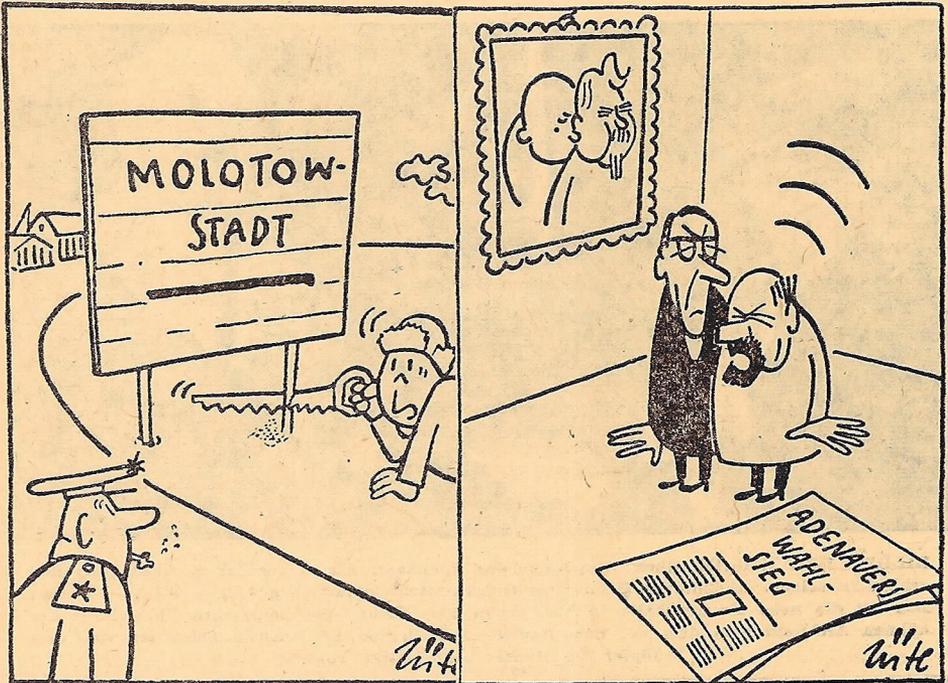
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeister stellen oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH.

setzungen vergessen, die es nach dem letzten Oktober unter den sowjetzonalen Gewerkschaftsfunktionären gegeben hat? Die Tatsache, daß die SED zeitweilig sogar „Arbeiterkommissionen“ dulden mußte, daß neue Prämienverordnungen getroffen wurden, daß man Scheinmanöver zur Einführung einer beschränkten Eigenverantwortlichkeit der Betriebe unternahm — spricht das nicht alles für das Vorhandensein echter sozialer und gewerkschaftlicher Kämpfe im SED-Staat?

Dauerkonferenzen“ veranstalten und dem Mann an der Maschine wenigstens nicht direkt lästig fielen, werden jetzt neue „Wettbewerbe“ erfinden. Um jeden Preis aufgegriffene „Neuerer“ werden noch mehr Unfug stiften als bisher.

Nicht ein Wort von betrieblicher Selbstverwaltung fiel auf dieser FDGB-Konferenz. Keiner erwähnte das Wort „Arbeiterkommission“. Niemand sprach von den Lohnerhöhungen, die angeblich noch 1957 kommen sollten. Nur einer, ein kleiner FDGB - Kreissekretär, sagte zum Schluß mit versehtlicher Aufrichtigkeit: „Zum ersten Male sind wir eine Gewerkschaft, die keine ‚gewerkschaftlichen‘ Aufgaben hat...“



„Aber politisch ist er doch schon
lange tot, Genosse?“
(Siehe Meldung auf Seite 4)

„Da hast du es, das kommt
von den freien Wahlen, Genosse!“

Sieg des Vertrauens

Fortsetzung von Seite 2

sche Regierung, die nach den Behauptungen der Sowjets angeblich eine Aggression gegen die Sowjetunion plant und vorbereitet, wäre am Sonntag hinweggefegt worden; die Regierung aber, die alle Sicherheit zu verwirklichen sucht, daß die Bundesrepublik nicht in die Rolle eines sowjetischen Satelliten gerät, findet die Unterstützung aller. Die sowjetische Erwartung, dieses politische Meinungs- und Willensbild des deutschen Volkes auflockern und aufweichen zu können, ist wahrscheinlich eines der größten Hindernisse der deutschen Wiedervereinigung. Es ist gut, daß diese Rechnung widerlegt wurde.

Erhöhte Verantwortung

Wenn die düsteren Prophezeiungen aus dem Wahlkampf

recht hätten, dann würde es nun mit der deutschen Demokratie zu Ende sein. Sie werden nicht in Erfüllung gehen. Sie stammen — von dem Wahlkampf einmal ganz abgesehen — aus dem Alpdruck, den die Vorstellung einer in sehr demokratischen Ländern selbstverständlichen Einpartei-Mehrheit bei besorgten deutschen Demokraten auslöst. Wir teilen diese Sorge nicht. Um ihr zu begegnen, haben wir zunächst den Wunsch, daß die Mehrheit der CDU durch eine fair gehandhabte Koalition mit der DP und der FDP ergänzt und erweitert wird. Der CDU selbst geben wir den Rat, im Gebrauch ihrer Mehrheit bestes demokratisches Maß zu halten. Je geschlossener und kräftiger eine Mehrheit ist, um so fairer muß sie gegenüber der Opposition gehandelt werden. Das ist die Höflichkeit derer, die in der Überzahl sind.

Der Opposition dagegen ist zu sagen, daß nur der, wer im demokratischen Spiel der Kräfte selbst fair ist, auf Fairneß rechnen kann.

Ein besonderes Wort erfordert noch die Bundestagsfraktion der erfolgreichen Mehrheitspartei. Mit ihren rund 270 Abgeordneten bildet sie ein Parlament im Parlament. Mit ihr allein ist der Regierungschef — er wird wieder Adenauer heißen — bereits im Besitz einer Mehrheit, die er aber nicht einfach „besitzen“ darf. Auch in der Fraktion, die ein Parlament ist, soll das Gesetz gelten, daß die der Regierung zur Verfügung stehende Mehrheit immer wieder in freier Diskussion erworben und bestätigt werden muß. Erst aus der Spannung der Meinungen und ihrem Ausgleich ergibt sich das sichere Handeln. Neben der selbstverständlichen Loyalität steht hier das mit „Zivilcourage“ gesprochene offene Wort.



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundeskanzler Adenauer, der Sieger der Bundestagswahlen, erhielt in seinem Rhöndorfer Heim viele Glückwunschtelegramme aus aller Welt. — Unten: Das ist die neue Kongreßhalle in Westberlin bei Nacht. Die imposante Spiegelung der kühnen Architektur in dem vor dem Bauwerk angelegten künstlichen Teich ist von dem Schöpfer des Hauses beabsichtigt worden.

